



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/011/2010)

am Donnerstag, 14.10.2010,

18:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Festsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

CDU-Fraktion

Patrick Schreiber
Anke Wagner

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Kießling

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Hoffsommer

SPD-Fraktion

Ines Vogel

FDP-Fraktion

André Schindler

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer

stimmberechtigte Mitglieder

Anett Dahl
Thomas Engel

beratende Mitglieder

Sabine Bibas
Markus Degenkolb
Christina Koch
Martin Seidel

Stellvertretende Mitglieder

Claudia Joseit
Silke Kultscher
Silke Schöps
Markus Steindecker
Uwe Teich
Dr. Kristin Ferse

Vertretung für Frau Kristina Winkler
Vertretung für Herrn Christoph Stolte
Vertretung für Herrn Lars Röher
Vertretung für Herrn Thomas Pallutt
Vertretung für Herrn Georg Zimmermann
Vertretung für Herrn Claus Lippmann

Abwesend:

CDU-Fraktion

Lars Röher

stimmberechtigte Mitglieder

Melanie Hörenz
Dr. Dirk Jordan
Thomas Pallutt
Christoph Stolte

beratende Mitglieder

Wolfgang Bec
Kristin Hornschild
Claus Lippmann
Valentina Marcenaro
Erik Pietsch
Jens Raubach
Regina Thielmann
Kristina Winkler
Roland Wirlitsch
Thomas Wünsche
Georg Zimmermann

Verwaltung:

Frau Jagdschian
Herr Jama
Frau Zimmermann
Frau Lehmann
Herr Schöne

Abteilungsleiterin Stadtratsangelegenheiten
Geschäftsbereich Soziales
Jugendamt
Jugendamt
Jugendinfoservice

Herr Urban

Rechnungsprüfungsamt

Gäste:

Stephan Passow
Thorsten Deigweiher
Sarah Buddeberg
Susann Birnbaum
Sandra Hedrich
Luise Quaas
Manuela Liebig
Carolin Tasch
Thorsten Hinz
Julia Dotterweich

Treberhilfe Dresden e. V.
Treberhilfe Dresden e. V.
Fraktion DIE LINKE.
Outlaw gGmbH
FHSV Meißen
Studentin
Studentin
Studentin
Independent Living e. V.
Auszubildende

Schriftführerin:

Sindy Gebhardt
|

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|---|---|----------------------------------|
| 1 | Kontrolle der öffentlichen Niederschrift vom 19.08.2010 | |
| 2 | Informationen/Fragestunde | |
| 3 | Haushaltssatzung 2011/2012 | V0750/10 beratend |
| 4 | Aufhebung der Punkte 2 und 3 des Beschlusses V1354-SR45-07 Standort Jugendhaus "A 19" | V0623/10 beratend |
| 5 | Vergabe investiver Zuschüsse für bewegliche Sachen des Anlagevermögens im Jahr 2010 an Träger der freien Jugendhilfe von Kindertageseinrichtungen | V0542/10 beschließend |
| 6 | Auflösung kommunaler Streetworkbüros in Dresden | A0094/09 beschließend |
| 7 | Drohender Grundschulnotstand in Dresden | A0191/10 beratend |
| 8 | Berichte aus den Unterausschüssen | |

Nicht öffentlich

- | | | |
|-----|---|--|
| 9 | Informationen | |
| 9.1 | Auswertung der Klausurtagung vom 03.09.2010 | |

öffentlich

Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** eröffnet die Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Sie begrüßt die Mitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die Gäste.

Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zur Sitzung wurde form- und fristgerecht eingeladen.

Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht. Sie wird mit 9/0/0 Stimmen bestätigt.

Zum neuen Tagesordnungspunkt Informationen/Fragestunde stellt Frau Oberbürgermeisterin Orosz klar, dass Fragen grundsätzlich vorher schriftlich eingereicht werden sollen, was aber nicht ausschließt, dass auch Fragen spontan in der Sitzung gestellt werden können.

Diesem Verfahren widerspricht Herr **Stadtrat Kießling**. Aufgrund der anwesenden kompetenten Vertreter der Verwaltung in den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses müsste die Beantwortung von einem Großteil der Fragen sofort erfolgen. Fragen, die nicht sofort beantwortet werden können, werden mitgenommen. Wenn Mitglieder, so Herr Stadtrat Kießling, eine ausführliche und umfangreiche Antwort erwarten, sollen diese ihre Fragen auch vorher schriftlich einreichen. Er halte eine Art mündliche Fragerunde dennoch für besser.

Da man die Festlegung einer Fragestunde im Rahmen der Klausurtagung getroffen habe, werde die Diskussion im Tagesordnungspunkt 9 fortgeführt, legt Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** fest.

Weitere Anfragen gibt es nicht, sie fährt mit Tagesordnungspunkt 1 fort.

1 Kontrolle der öffentlichen Niederschrift vom 19.08.2010

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses bestätigen die öffentliche Niederschrift vom 19.08.2010.

Anfragen werden nicht gestellt, der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

2 Informationen/Fragestunde

Herr **Stadtrat Kießling** bittet um Auskunft zu den Aktivitäten rund um den Verkauf für die Jugendherberge. Es heiße, dass sich die Rahmenbedingungen deutlich verschlechtern sollen. Weiterhin stelle er sich die Frage, ob tatsächlich eine Schließung des Streetworkbüros Ost zum 15.11.2010 erfolgen werde.

Eingehend auf die Anfragen von Herrn Stadtrat Kießling legt Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** dar, dass ein erstes Gespräch bezüglich der Jugendherberge bei Herrn Bürgermeister Vorjohann stattgefunden habe. Man stehe am Beginn der Verhandlungen. Sobald Ergebnisse vorliegen, werde das Gremium informiert.

Zur zweiten Frage teilt Frau **Dr. Ferse** mit, dass eine Erhaltung des Standortes Ost bis Ende des Jahres vorgesehen sei.

Frau **Dahl** fragt nach dem Stand zum Sanierungskonzept.

Das Sanierungskonzept habe man in der Dienstberatung der Oberbürgermeisterin behandelt, nun gehe es in die Beratung in den Gremien, erklärt Frau **Oberbürgermeisterin Orosz**.

Für Frau **Vogel** sei von Interesse, wann das Dresdner Kinderschutzkonzept vorgelegt werde. Des Weiteren bittet sie um einen Bericht zum Inhalt der Stellungnahme des Landesjugendhilfeausschusses zum Doppelhaushalt 2011/2012.

Zum Kinderschutzkonzept konkretisiert Frau **Dr. Ferse**, dass die Vorlage auf dem Weg vom Geschäftsbereich in die Dienstberatung der Oberbürgermeisterin sei.

Das zweite Anliegen von Frau Vogel werde mitgenommen, stellt Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** klar.

Herr **Stadtrat Hoffsommer** bittet um Prüfergebnisse zum Urteil zur Finanzierung des Ausbaus von Kindertageseinrichtungen.

Auf das Anliegen von Herrn Stadtrat Hoffsommer eingehend verdeutlicht Frau **Oberbürgermeisterin Orosz**, dass bereits ein Termin des Sächsischen Städte- und Gemeindetages beim Freistaat Sachsen angekündigt sei.

Es gibt keine weiteren Anfragen. Der Tagesordnungspunkt wird beendet.

3 Haushaltssatzung 2011/2012

**V0750/10
beratend**

Herr **Bürgermeister Vorjohann** stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Grundproblematik der Vorlage V0750/10 „Haushaltssatzung 2011/2012“ in erster Lesung vor.

Der Dresdner Haushalt werde mit dem Haushaltsplan 2011/2012 auf die Doppik umgestellt, erklärt Herr Bürgermeister Vorjohann.

Er erläutert die Erträge des Ergebnishaushaltes 2011, welche stark konjunkturabhängig seien. Steuern und Abgaben mit 452,5 Mio. EUR. und Zuweisungen/Zuschüsse mit 486,2 Mio. EUR stellen die umfangreichsten Posten dar.

Die Gewerbesteuererwartungen habe man auf Grundlage der aktuellen Konjunkturentwicklung deutlich nach oben gesetzt, betont Herr Bürgermeister Vorjohann. Im diesem Jahr werde eine positive Entwicklung der Gewerbesteuer erwartet.

Zur Einkommenssteuer schildert er, dass ca. 50 % der Reduktion durch den Gesetzgeber veranlasst seien.

Der Freistaat Sachsen habe eine stark konjunkturell schwankende Einnahmeentwicklung, konstatiert Herr Bürgermeister Vorjohann. Die sinkenden Einnahmen werden Ausfälle beim Finanzausgleichsgesetz und den Förderprogrammen nach sich ziehen. Das Wegbrechen der Einnahmen auf Landesebene wirke sich zunächst stark auf die Schlüsselzuweisungen Dresdens aus.

Nun zeigt Herr Bürgermeister Vorjohann die Aufwandsseite des Ergebnishaushaltes 2011 auf. Dabei stellen Personalaufwendungen mit 324,0 Mio. EUR und die Transferaufwendungen (Sozialleistungen und Zuschüsse) mit 369,6 Mio. EUR die kostenintensivsten Aufwendungen dar.

Er verdeutlicht, dass die gesetzlich definierten Pflichtaufgaben der Sozialgesetzbücher fast 50 % aller Ausgaben des Haushaltes bestimmen. Die größten Probleme liegen im Sozialbereich.

Die gestiegenen Kinderzahlen, die Tarifsteigerungen sowie die stagnierenden Zuweisungen vom Freistaat führen einen von der Stadt auszugleichenden finanziellen Mehrbedarf herbei, stellt Herr Bürgermeister Vorjohann heraus.

Zur Thematik Personalkosten betont er, dass man stets bestrebt gewesen sei, die Personalkosten zu reduzieren. Ursachen für die seit 2008 steigenden Personalkosten seien das Auslaufen des Bezirkstarifvertrages, die hohen Tarifabschlüsse sowie die Funktionalreform.

Herr Bürgermeister Vorjohann erörtert die Vorschau zum Haushaltsergebnis. Dabei stellt er den Ergebnishaushalt (= laufendes Geschäft) und den Finanzhaushalt (= Investitionstätigkeit) gegenüber. Im Jahr 2011 werde trotz eines Überschusses von 39,5 Mio. EUR im Finanzhaushalt eine Finanzierungslücke von rund 53 Mio. EUR entstehen. Im Jahr 2012 erhöhe sich die Lücke auf ca. 74 Mio. EUR. Eine Kompensierung der Finanzierungslücke im Haushalt der Stadt könne 2011 bis 2013 noch durch die Auflösung von Rücklagen erfolgen, erklärt Herr Bürgermeister Vorjohann.

Im Folgenden veranschaulicht er das Investitionsprogramm 2011/2012. Die Schwerpunkte liegen im Straßen- und Tiefbauamt sowie dem Schulverwaltungsamt. Das Schulverwaltungsamt erhalte aber deutlich weniger Fördermittel. Die Stadt Dresden halte ihren Beitrag insgesamt zum Investitionsniveau und städtischen Haushalt konstant, aber die geringe Förderung sei das zentrale Problem, betont Herr Bürgermeister Vorjohann.

Abschließend gibt er einen kurzen Ausblick über die Konjunkturerwartung. Es werden dramatische Gesamtsteuerausfälle erwartet, welche massiv auf die Kommunen einwirken. Für Dresden bedeute die Degression des Solidarpaktes und die demographische Entwicklung ab 2025 jährlich rund 88 Mio. EUR weniger.

Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** dankt für die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Vorjohann zum Doppelhaushalt 2011/2012.

Herr **Stadtrat Kießling** möchte nähere Erläuterungen zu den nicht zahlungswirksamen Posten im Ergebnishaushalt.

Weiterhin äußert er seine Anmerkungen zur Aussage, dass die gesetzlich definierten Pflichtaufgaben der Sozialgesetzbücher fast 50 % aller Ausgaben des Haushaltes bestimmen.

Eingehend auf die Ausführungen von Herrn Stadtrat Kießling stellt Herr **Bürgermeister Vorjohann** klar, dass nicht die Gesamtausgaben dargestellt würden, sondern die Zufinanzierung in den jeweiligen Bereichen durch die Stadt Dresden.

Die nicht zahlungswirksamen Posten seien im Wesentlichen die Abschreibungen, erklärt Herr Bürgermeister Vorjohann.

*Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** weist darauf hin, dass die Vorlage nun in den Unterausschüssen „Jugendhilfeplanung“ und „Kindertagesbetreuung“ beraten werde.*

Auf Wunsch von Stadtrat Kießling werde die Vorlage zusätzlich noch in den Unterausschuss „Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe 2011“ überwiesen, legt Frau Oberbürgermeisterin Orosz fest.

Es besteht kein weiterer Gesprächsbedarf. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

**4 Aufhebung der Punkte 2 und 3 des Beschlusses V1354-SR45- V0623/10
07 Standort Jugendhaus "A 19" beratend**

Frau **Dr. Ferse** bringt die Vorlage ein und begründet diese. Das Jugendhaus „A 19“ habe man 2007 aus Haushaltskonsolidierungsgründen geschlossen und als Selbstverwaltungstreff weiter betrieben. Die Nutzer des selbstverwalteten Jugendtreffs, welche eine feste Gruppe darstellen, seien mittlerweile volljährig und in einem sozial sicheren Netzwerk eingebunden. Der Versuch, die Gruppe für die Aufnahme anderer Personen/Kinder zu öffnen, sei nicht gelungen, stellt Frau Dr. Ferse heraus. Im Sozialraum befinden sich außerdem weitere Angebote.

Frau **Vogel** verweist auf ihre in der Sitzung ausgereichte Beantwortung der schriftlichen Anfrage zum Thema „Zukunft des selbstverwalteten Jugendtreffs „A 19“ bzw. der genutzten Immobilie Augsburg Str. 30“. Für sie seien die Erfahrungen mit dem selbstverwalteten Jugendtreff sowie die weiteren Planungen mit dem Grundstück von Interesse.

Ein gewollt selbstverwalteter Jugendtreff sei problematisch, da es immer wieder zu Konflikten geführt habe, konstatiert Herr **Stadtrat Hoffsommer**. Bisher habe man zur Selbstverwaltung keine klare Positionierung gefunden. Im Rahmen einer neuen Jugendhilfeplanung solle diese Thematik mit aufgegriffen werden, schlägt er vor.

Es sei festzustellen, so Herr **Schreiber**, dass solche selbstverwaltete Jugendangebote in der Form bisher nicht vorhanden seien und man auch keinerlei Bemühungen dafür unternommen habe. Ausführliche Diskussionen zu dieser Problematik seien im Unterausschuss „Jugendhilfeplanung“ geführt worden.

Herr **Stadtrat Kießling** kritisiert die Beschlussempfehlung des Unterausschusses und hätte sich ein Alternativangebot gewünscht, da er in Blasewitz einen Bedarf sehe.

Fakt sei, betont Frau **Oberbürgermeisterin Orosz**, dass sich die Immobilie in einem sanierungsbedürftigen Zustand befinde und bisher kein nachweislicher Bedarf bestehe sowie auch keine Interessenten für die Betreibung vorhanden seien. Die Diskussion zu dieser Thematik solle im Gesamtkontext zur Jugendhilfeplanung geführt werden.

Herr **Stadtrat Kießling** erklärt zum Abschluss, dass er nicht gesagt habe, dass er den Standort erhalten möchte, sondern dass er in Blasewitz einen Bedarf sehe. Zudem bemerkt er, dass er diversen Versprechungen über die Wiederaufnahme eines Themas keinen Glauben schenken könne.

Weitere Anfragen/Diskussionsbeiträge werden nicht eingebracht. Frau Oberbürgermeisterin Orosz bringt die Vorlage auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung.

Nach abgegebenem Votum wird der Tagesordnungspunkt geschlossen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung der Punkte 2 und 3 des Beschlusses V1354-SR45-07, Standort Jugendhaus „A 19“, Augsburgener Straße 30, 01309 Dresden, vom 8. Februar 2007. Damit entfällt der selbstverwaltete „Jugendtreff A 19“ am o. g. Standort ab 1. Januar 2011.
2. Die mit dem Hausrat des selbstverwalteten Jugendtreffs „A 19“ abgeschlossene Nutzungsvereinbarung wird zum Zeitpunkt der Aufhebung des Standortes beendet.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 5

Nein 1

Enthaltung 6

5 Vergabe investiver Zuschüsse für bewegliche Sachen des Anlagevermögens im Jahr 2010 an Träger der freien Jugendhilfe beschließend von Kindertageseinrichtungen

Es besteht kein Vorstellungsbedarf der Vorlage.

Frau **Kultscher** habe die Meinung, dass die in der Erstausstattung aufgeführte Ausgabeküche, wie z. B. bei Cocolores e. V., nicht mehr finanziert werde, da diese über Caterer finanzierbar sei.

Zu den Ausführungen von Frau Kultscher nimmt Frau **Bibas** Stellung und stellt klar, dass seitens des EB Kindertageseinrichtungen eine stattfindende Ausgabe gewährleistet werden müsse.

Herr **Engel** macht deutlich, dass für die freien Träger sowie für den Bereich im EB Kindertageseinrichtungen ca. 420.000 EUR zur Verfügung gestellt werden.

In etwa 140.000 EUR seien zusätzlich zu den bisher zur Verfügung gestellten Mittel für die Bedarfsabdeckung nötig gewesen, fügt er hinzu.

Es werden keine weiteren Anfragen gestellt. Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** stellt die Vorlage auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Kindertagesbetreuung zur Abstimmung.

Der Tagesordnungspunkt wird nach der Abstimmung geschlossen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Vergabe investiver Zuschüsse für bewegliche Sachen des Anlagevermögens und für bauliche Maßnahmen für das Jahr 2010 in Höhe von 420.679 EUR gemäß der Anlage.
2. Alle darüber hinaus beantragten Mittel in Höhe von 786.161,27 EUR werden abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 12

Nein 0

Enthaltung 0

6 Auflösung kommunaler Streetworkbüros in Dresden**A0094/09
beschließend**

Herr **Engel** stellt den Antrag noch einmal kurz vor. ***Dazu reicht er einen Ersetzungsantrag ein und begründet diesen.***

Im Beschlusspunkt a) wird das Wort ***unterstreicht*** durch ***bestätigt*** ersetzt.

Im Beschlusspunkt c) wird das Wort ***neun*** durch ***beplanten*** ersetzt und um folgenden Satz ergänzt:

„Sie sind bis zum 31.10.2010 im vollen Umfang in das Leistungsfeld „Aufsuchende Soziale Arbeit (Mobile Jugendarbeit/Streetwork)“ zurückzuführen.“

Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** macht darauf aufmerksam, dass Beschlusspunkt c) nicht in die Kompetenz des Jugendhilfeausschusses falle und somit rechtswidrig sei. Dieser Beschlusspunkt stelle die Organisationshoheit der Oberbürgermeisterin dar. Sie stellt klar, dass sie bei einer heutigen Abstimmung dieses Punktes in Widerspruch gehen werde.

Eine andere Rechtsauffassung vertrete Herr **Stadtrat Hoffsommer**. In den Kommentierungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) seien eindeutig weiter umfassende Aufgaben des Jugendhilfeausschusses festgeschrieben, ebenso personalrechtliche Dinge.

Darüber hinaus bringt er sein Verärgern zur Verfahrensweise mit dem Antrag zum Ausdruck. Die Stellungnahme über die Bedenken zum Antrag habe man bisher nicht an die Mitglieder ausgereicht, obwohl der Antrag seit Ende letzten Jahres vorliege. Dies stelle in keinem Fall die gesetzlich festgeschriebene partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Jugendhilfeausschuss dar.

Eingehend auf die Kritik von Herrn Stadtrat Hoffsommer betont Herr **Bürgermeister Seidel** nochmals, dass man sich im Frühjahr diesen Jahres im Unterausschuss gemeinsam darauf geeinigt habe, den Antrag im August 2010 erneut im Unterausschuss zu beraten. Dabei unterstreicht er, dass sich die Verwaltung immer erst nach inhaltlicher Diskussion im Unterausschuss zu Anträgen/Vorlagen positioniere, in dem Falle die Bedenken des Rechtsamtes zu diesem Antrag.

Herr **Schreiber** beantragt punktweise Abstimmung.

Frau Vogel bringt einen Ergänzungsantrag ein. Es wird folgender Beschlusspunkt d) hinzugefügt:

„Die Jugendamtsverwaltung der Landeshauptstadt Dresden legt dem Jugendhilfeausschuss bis 15. Dezember 2010 eine Aufstellung zur Arbeitssituation und personellen Besetzung des Allgemeinen Sozialen Dienstes vor. Sollte diese Aufstellung eine Unterbesetzung des ASD sichtbar machen, legt die Verwaltung eine Finanz- und Maßnahmenübersicht zum kurzfristigen Abbau des Defizits vor.“

Der Ergänzungsantrag wird mit 4/6/3 Stimmen abgelehnt.

Auf die Äußerungen von Frau Vogel eingehend hebt Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** deutlich hervor, dass eine Veränderung in der Aufgabenzuweisung stattfinden und keine Kürzung.

Sich den Worten von Frau Oberbürgermeisterin Orosz anschließend weist Herr **Bürgermeister Seidel** alle Aussagen von Frau Vogel zurück, ihre Ausführungen seien nicht nachzuvollziehen.

Herr **Stadtrat Hoffsommer** erinnert daran, dass es erst eine Umsetzung und dann ein Konzept gegeben habe. Fachlich sei die Thematik nach wie vor sehr umstritten und auch von Fachleuten gebe es kritische Stellungnahmen, konstatiert er. Er plädiere zukünftig für mehr Ehrlichkeit.

Der gesamte Vorgang stelle eine Missachtung des Gremiums dar, stellt Herr **Stadtrat Kießling** heraus. Er trägt an Herrn Bürgermeister Seidel heran, dass vor einer organisatorischen Umsetzung eine fachliche Überzeugung stattfinden solle sowie der Jugendhilfeausschuss um Zustimmung gebeten werde.

Herr **Schreiber** merkt an, dass die Beschlusspunkte a und b des Antrages die eigentliche Intension ausdrücken. Beschlusspunkt c werde seine Fraktion aufgrund der berechtigten rechtlichen Bedenken ablehnen.

Über die Zusammenstellung der Redeliste drückt Frau **Vogel** ihre Irritation aus.

Es werden keine weiteren Anfragen/Diskussionsbeiträge eingebracht. Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** bringt den Antrag auf Grundlage des Ersetzungsantrages von Herrn Engel zur punktweisen Abstimmung.

Nach abgegebenem Votum wird der Tagesordnungspunkt geschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss möge beschließen:

- a) Der Jugendhilfeausschuss **bestätigt** die Notwendigkeit des Leistungsfeldes „Aufsuchende Soziale Arbeit (Mobile Jugendarbeit/Streetwork)“ in freier und kommunaler Trägerschaft im Umfang der beschlossenen fachlichen Standards entsprechend des gültigen Jugendhilfeplans (S. 78 ff, Jugendhilfeplan 2001).

Abstimmung: 13 JA/0 Nein/0 Enthaltung

Zustimmung

- b) Der Jugendhilfeausschuss fordert die Oberbürgermeisterin auf, im Rahmen der kommunalen Haushaltsplanung für ausreichende Mittel und Stellen in diesem Bereich zu sorgen und die Sicherung der Aufsuchenden Sozialen Arbeit als eigenständiges Leistungsfeld der Kinder- und Jugendarbeit zu garantieren.

Abstimmung: 13 JA/0 Nein/0 Enthaltung

Zustimmung

- c) Die derzeitigen **beplanten** neun Personalstellen in der Trägerschaft der Stadtverwaltung Dresden im Leistungsfeld „Aufsuchende Soziale Arbeit (Mobile Jugendarbeit/Streetwork)“ werden nicht durch das Jugendamt Dresden aufgelöst und nicht durch Umbesetzung in andere Bereiche des Jugendamtes konsolidiert. **Sie sind bis zum 31.10.2010 im vollen Umfang in das Leistungsfeld „Aufsuchende Soziale Arbeit (Mobile Jugendarbeit/Streetwork)“ zurückzuführen.**

Abstimmung: 7 JA/6 Nein/0 Enthaltung

Zustimmung

7 Drohender Grundschulnotstand in Dresden**A0191/10
beratend**

Der Antrag wird von Herrn **Stadtrat Kießling** eingebracht und begründet. Es bestehe ein erhebliches Defizit im Grundschulbereich. Man spreche von fast 2.500 Plätzen Abweichung und einer theoretischen Kapazität von 1.274 Plätzen.

Es werden keine Anfragen gestellt. Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** stellt den Antrag auf Basis der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Abstimmung.

Der Tagesordnungspunkt wird nach der Abstimmung geschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

- I. die nachfolgenden Zahlen zu den Kapazitätsproblemen der Dresdner Grundschulen näher zu überprüfen und dabei insbesondere zu untersuchen und dem Stadtrat bis zum 30.10.2010 zu berichten,
 - a) wie sich die Situation jeweils bezogen auf die einzelnen Grundschulbezirke (Ortsämter/Ortschaften) und die Schuljahre ab 2010/11 darstellt;
 - b) welche zusätzlichen Kapazitätsprobleme in welcher Größenordnung sich daraus ergeben, dass die Gebäude der Grundschulen durch andere Schulen bzw. durch Horte mitgenutzt werden;
 - c) welche zusätzlichen Kapazitätsprobleme in welcher Größenordnung sich aus dem Bauzustand der Schulen, aus den vorgesehenen Baumaßnahmen und den dadurch notwendigen Auslagerungen ergeben;
 - d) welche entlastenden Potenziale zu berücksichtigen sind (z.B. Kapazitätssteigerung der Schulen in freier Trägerschaft) und
 - e) welche Auswirkungen in den einzelnen Stadtteilen die konkreten Probleme hinsichtlich der Grundschulkapazität für das Angebot an Hort-Plätzen im Hortbereich haben.
- II. dem Stadtrat mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 ein Konzept dafür vorzulegen, wie das Kapazitätsproblem im Grundschulbereich rechtzeitig gelöst werden kann und dabei insbesondere die dafür notwendigen Investitionen darzustellen.
- III. dem Stadtrat mit der mittelfristigen Finanzplanung erste Vorstellungen zur Bearbeitung der Folgeprobleme im Gymnasial- und Mittelschulbereich zu präsentieren.

| Schuljahr | Schulanfänger/innen lt. Bev. Statistik* | Grundschüler/innen lt. Bev. statistik | abzgl. Förderschulen minus 5% | abzgl. Freie Schulen minus 1.000 | Prognose SNP 2006 | Abweichung | Gesamtkapazität ohne Berücksichtigung von Baumaßnahmen ** | theoretische Kapazitätsreserve |
|-----------|---|---------------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-------------------|------------|---|--------------------------------|
| 2009/10 | 4.071 | 15.699 | 14.914 | 13.914 | 14.049 | 135 | 16.950 | 3.036 |
| 2010/11 | 4.300 | 16.200 | 15.390 | 14.390 | 14.460 | 70 | 16.950 | 2.560 |
| 2011/12 | 4.474 | 16.762 | 15.924 | 14.924 | 14.904 | -20 | 16.950 | 2.026 |
| 2012/13 | 4.660 | 17.505 | 16.629 | 15.629 | 15.282 | -347 | 16.950 | 1.321 |
| 2013/14 | 4.961 | 18.395 | 17.475 | 16.475 | 15.592 | -883 | 16.950 | 475 |
| 2014/15 | 5.268 | 19.362 | 18.394 | 17.394 | 15.680 | -1.714 | 16.950 | -444 |
| 2015/16 | 5.348 | 20.236 | 19.224 | 18.224 | 15.662 | -2.562 | 16.950 | -1.274 |

* Mittelwert aus zwei Jahrgängen der Bev.statistik **siehe Anlage (Auszug aus der Schulbaustrategie)

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 3

Nein 6

Enthaltung 4

8 Berichte aus den Unterausschüssen

Herr **Schreiber** berichtet aus dem Unterausschuss „Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe 2011“. Derzeit erarbeite der Unterausschuss ein eigenständiges Förderkonzept für 2011. Am 02.12.2010 solle voraussichtlich das Förderkonzept als Grundlage für die Erstellung der Fördervorlage 2011 im Jugendhilfeausschuss beschlossen werden. Er macht darauf aufmerksam, dass das Einbringen des Förderkonzeptes in Form eines Antrages von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses der einzige Weg sei, um die Förderung noch dieses Jahr beschließen zu können.

Die nächsten Sitzungen des Unterausschusses finden am 26.10., 09.11., 15.11. und 30.11.2010, informiert Herr Stadtrat Schreiber.

Aus dem Unterausschuss „Jugendhilfeplanung“ erstattet ebenfalls Herr Stadtrat Schreiber Bericht. Thema sei derzeit die Jugendhilfeplanung.

Herr **Engel** informiert aus dem Unterausschuss „Kindertagesbetreuung“. Thematisiert habe man die investiven Zuschüsse beweglicher Sachen des Anlagevermögens. Des Weiteren seien die 6 ausgewählten Träger für die Übernahme und Betreuung der Kindertageseinrichtung „Am Lehmberg 28“ bekannt gegeben worden, welche in der Sitzung des Unterausschusses am 25.10.2010 genauer vorgestellt werden. Darüber hinaus habe man über das Vergabesystem Heidenau berichtet, erläutert Herr Engel.

Auf die Aussagen von Herrn Stadtrat Schreiber zum Einbringen des Förderkonzeptes in Form eines Antrages macht Herr **Stadtrat Kießling** deutlich, dass in § 2 Abs. 4 GO Jugendhilfeausschuss auch dem Leiter des Jugendamtes die Möglichkeit für die Einbringung eines Antrages gegeben sei. Da es sich um ein Förderkonzept der Jugendamtsverwaltung handle, solle Herr Lippmann die Verantwortung übernehmen und den Antrag einreichen.

Herr **Schreiber** stellt klar, dass das Förderkonzept ein gemeinsames Papier von Jugendamt sowie Unterausschuss darstelle und somit werde auch der Unterausschuss das Einbringen des Antrages verantworten.

Es besteht kein weiterer Informationsbedarf. Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** beendet die öffentliche Sitzung und fährt mit Tagesordnungspunkt 9 in nicht öffentlicher Sitzung fort.

Helma Orosz
Vorsitzende

Sindy Gebhardt
Schriftführerin

Tilo Kießling
Stadtrat

Franz-Josef Fischer
Stadtrat